

KLIMABÜNDNIS
DORTMUND



Klima-Wahlprüfsteine zur Dortmunder Kommunalwahl

Eine Kampagne des Klimabündnisses Dortmund und Parents for Future Dortmund

Dortmund is(s)t anders - Ernährung und Landwirtschaft neu denken

Um Klimaneutralität zu erreichen, ist die **Ernährungswende**, die Entwicklung eines **zukunftsfähigen Ernährungssystems**, ein entscheidender Aspekt.

Ziel ist es eine **regenerative Bio-Landwirtschaft** zur Versorgung der Stadtbevölkerung und die **Minimierung der Transportwege**.

Aus Dortmunder Perspektive haben wir folgende Fragen an die Kommunalpolitik gestellt:

Fragen zum Thema Stadtplanung:

1. Wie wollen Sie gewährleisten, dass bis spätestens 2030 die regionale Landwirtschaft ihre Anbaumethoden und weiterverarbeitende Betriebe ihre Produktion umwelt- und klimaverträglich umgestellt haben, um die Versorgung der Stadtbevölkerung mit **ökologischen, regenerativen und klimaverträglichen Lebensmitteln zu sichern**?
2. Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen, damit der Dortmunder **Boden als CO₂-Speicher** geschützt und gefördert wird?
3. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Dortmund die Kultur der **Solidarischen Landwirtschaft, der Gemeinschaftsgärten, des „Urban Gardening“** oder vergleichbare Projekte **unterstützt**?
4. Werden Sie sich dafür stark machen, dass die Stadt Dortmund dem Beispiel von ca. 50 anderen Städten und Kommunen in Deutschland folgt, auf den **Einsatz von Pestiziden, Glyphosat und industriell erzeugten Düngern zu verzichten**?
5. Wie werden Sie sicherstellen, dass rein **pflanzliche Gerichte** in öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten etc. **verpflichtend** angeboten werden (siehe die weitergehenden Empfehlungen des Weltklimarates 2019)?
6. Wie sollte die Stadt Dortmund **Initiativen und Bildungsmaßnahmen** zum Thema klimaverträglicher Ernährung und Landwirtschaft in Schulen u.a. Bildungseinrichtungen in besonderer Weise **unterstützen und fördern**?

Auf den folgenden Seiten finden Sie die **bis zum 27.06. eingegangenen Antworten der Parteien**. Angeschrieben wurden alle demokratischen Parteien, die als Fraktion oder Fraktionsgemeinschaft im Rat vertreten sind. Auf Nachfrage wurden zwei weitere Parteien aufgenommen. Die momentan im Rat vertretenen Parteien sind gemäß der aktuellen Sitzverteilung sortiert. Weitere Parteien sind in einer separaten Tabelle aufgeführt und alphabetisch sortiert. Als Zeichenlimit für die Antworten wurden 400 Zeichen gesetzt. Es wurde die Option angeboten, ausführlichere Antworten zu verlinken. Wahlprüfstein-Antworten sind unter [...] verlinkt; weiterführende allgemeine Links, die genannt wurden, finden sich unter der letzten Antwort-Tabelle.

1) Wie wollen Sie gewährleisten, dass bis spätestens 2030 die regionale Landwirtschaft ihre Anbaumethoden und weiterverarbeitende Betriebe ihre Produktion umwelt- und klimaverträglich umgestellt haben, um die Versorgung der Stadtbevölkerung mit ökologischen, regenerativen und klimaverträglichen Lebensmitteln zu sichern?

SPD	CDU	Grüne	Die Linke	FDP	Piraten	Bürgerliste
Dortmund ist kein großer Agrarstandort oder Zentrum für Lebensmittelverarbeitung. Wir haben aber die Kooperation mit Südwestfalen mit Digitalisierung, Startups und Arbeit begonnen und entwickeln gerade in der 2. Stufe das Thema der regionalen Ketten. Auf Phoenix-West entsteht zudem ein neues Technologie-Zentrum für Urbanität und Nachhaltigkeit. Hier spielt das Thema Urban Farming eine echte Rolle.	Antwort liegt nicht vor.	Die Stadt als Verpächterin des größten Teils der landwirtschaftlichen Flächen muss mit langfristigen Pachtverträgen die Umstellung auf Ökolandwirtschaft fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Produkte regional vermarktet werden, beispielsweise auf den Dortmunder Wochenmärkten. Außerdem fördern wir regionale Vertriebsstrukturen wie das Ökonetzwerk Dortmund, SoLaWis oder Ernährungsräte.	Der Einfluss der Kommune ist auf die städtischen Flächen beschränkt. Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft ist daher die Bodenpolitik der Stadt Dortmund entscheidend. Wir wollen Flächen - wo immer möglich - ankaufen und die Pachtverträge für die Landwirte im Sinne einer ökologischen Wende ausgestalten. Darüber hinaus wollen wir die regionale Kreislaufwirtschaft fördern.	Regulierung von Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie ist Aufgabe der EU und des Bundes. Entscheidend vor Ort ist das Verbraucherverhalten. Jede/r hat es selbst in der Hand, welche Lebensmittel sie/er kauft. Wir treten dafür ein, den Verbraucher*innen mit guten Labels die nötigen Informationen zu geben. Die Stadt sollte im Einkauf auf regionale Anbieter achten, um Transportemissionen zu vermeiden.	Für von der Stadt Dortmund an Landwirte verpachtete Flächen sollen verbindliche Bedingungen für Umwelt und Klimaschutz in den den Pachtverträgen fixiert werden. Auf Wochenmärkten soll sich die zu entrichtende Gebühr mit dem Anteil so angebotener und produzierter Waren senken, um Anreize zu schaffen. Ebenso sollen solche Produkte für die Verpflegung in Schulen und Kitas bevorzugt werden.	Antwort liegt nicht vor.

1) Wie wollen Sie gewährleisten, dass bis spätestens 2030 die regionale Landwirtschaft ihre Anbaumethoden und weiterverarbeitende Betriebe ihre Produktion umwelt- und klimaverträglich umgestellt haben, um die Versorgung der Stadtbevölkerung mit ökologischen, regenerativen und klimaverträglichen Lebensmitteln zu sichern?

Basisdemokratie Jetzt: Die Subventionen für die Agrarindustrie müssen hin zu lokaler und regionaler Herstellung und umweltverträglicher und nachhaltiger Produktion gelenkt werden. Dies ist aber kein kommunales Thema.

Dortmund könnte Wochenmärkte fördern und Standmieten für regionale und nachhaltige Produkte verringern oder abschaffen. Märkte sollen auch wieder Ort der Begegnung werden und den Dialog fördern.

DOS: Landwirten, die umstellen, Gewerbesteuerbegünstigungen einräumen. Unterstützung des regionalen Vertriebs durch bevorzugte Flächenvergabe. Städtische Vernetzungsplattformen für Kunden, Handel und Produzenten anbieten.

Neue Pachtverträge über städtische Flächen nur an umwelt- und klimaverträgliche Landwirtschaftsbetriebe vergeben.

FBI: Regionale Betriebe müssen durch massive Subventionen zur Umstellung auf eine umwelt- und klimafreundliche Produktion gefördert werden und umwelt- und klimaschädlich produzierte Lebensmittel müssen deutlich teurer werden als Bioprodukte.

Tierschutzpartei: Wir setzen verstärkt auf die Förderung der bio-veganen und regionalen Landwirtschaft durch Subventionen und Steuervergünstigungen und fordern eine höhere Besteuerung importierter Ware. Die Massentierhaltung ist abzuschaffen, ein Verbot von Gentechnik und dem Einsatz von schädigenden Substanzen (z.B. Glyphosat) ist auszusprechen. Die Überdüngung der Böden und Verseuchung der Flüsse durch [...]

2) Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen, damit der Dortmunder Boden als CO2-Speicher geschützt und gefördert wird?

SPD	CDU	Grüne	Die Linke	FDP	Piraten	Bürgerliste
Die letzte große Freifläche haben wir 1968 für die Universität bebaut, seitdem nutzen wir Brachflächen die schon mal gewerblich genutzt wurden. Bei uns ist viel mehr die Frage der Feuchtigkeit entscheidend für den Boden als CO2-Senke. Hier haben wir aber einen Standort-vorteil: Die Experten der Emscher-genossenschaft. Mehr Wasser in die Stadt muss auch mehr Wasser für den Boden bedeuten.	Antwort liegt nicht vor.	Wir wollen die Stärkung des Biotop-Verbunds, den Erhalt von Feuchtgebieten und natürlichen Wiesen, naturverträgliche Forst- und Landwirtschaft sowie eine naturnahe Grünpflege. Schutzwürdige Böden wie Buddenacker, Oster-schleppweg oder Wickede-Süd dürfen nicht versiegelt werden. Unsere Forderung nach einem Biodiversitätskonzept ist ein weiterer wichtiger Baustein zum Erhalt funktionsfähiger Böden.	In der Landwirtschaft soll ein stärkerer Grünlandanteil und die Humusbildung gefördert werden. Futtermais soll weniger werden. Wir möchten Feuchtgebiete stärker schützen und eine Vernässung von Flächen wieder zu-lassen. In den Natur-schutzgebieten wollen wir deutlich mehr Flächen zur natürlichen Waldentwicklung, also ohne Bewirtschaftung, ausweisen. [...]	Zur Schaffung neuen Wohnraums sprechen wir als Freie Demo-kraten uns zunächst für Nachverdichtungen aus. Wir wollen den Flächen-verbrauch begrenzen. Freiflächen sollten nur dann erschlossen werden, wenn dies zur Schaffung neuen Wohnraums oder wichtiger Arbeitsplätze zwingend erforderlich ist.	Besonders wichtig ist der Erhalt des Bodens in seiner natürlichen Struktur, Zusammen-setzung und Feuchtig-keit. Daher setzen wir uns für den weiteren Ausbau von Naturschutz-gebieten ein. Wichtig ist auch, wissenschaftliche Erkenntnisse schnell in Vorschriften und Empfehlungen für die Landwirtschaft umzusetzen und den Grundwasser-spiegel mit dem Ziel einer gleichmäßigen Durch-feuchtung zu regulieren.	Antwort liegt nicht vor.

2) Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen, damit der Dortmunder Boden als CO₂-Speicher geschützt und gefördert wird?

Basisdemokratie Jetzt: Die Landwirtschaft muss nachhaltiger werden. Preisdruck und Profitstreben müssen beendet werden, was eher ein europäisches, als ein kommunales Thema ist.

Je nach Boden kann die Düngung mit Bio-Kohle bzw. Humusaufbau sinnvoll sein, was über die EU eingefordert werden muss.

<https://abstimmen.bewegung.jetzt/initiative/212-die-kohlenstoffspeicher-der-boden-wieder-auffullen>

DOS: Wir werden z.B. Biokohle zur Bodenverbesserung unterstützen (Terra preta).

FBI: Landwirtschaftlich genutzte Böden dürfen nicht länger nur als Vorratsflächen für Wohnungs-, Gewerbe- und Straßenbau missbraucht werden und müssen von Bebauung freigehalten werden. Böden müssen durch Entsiegelungen zurückgewonnen werden, Waldwege dürfen nicht klimaschädlich asphaltiert und Waldböden nicht weiter durch Mountainbiker zerstört werden.

Tierschutzpartei: Im Dortmunder Boden liegt ein großes Potential, denn unter unseren Füßen kann eine große Menge CO₂ gespeichert werden. Essentiell dafür ist der Aufbau von Humus. Um dies zu unterstützen setzen wir uns für den ausschließlichen Einsatz von organischem Dünger ein, sowie bei langwirtschaftlichen Nutzflächen dafür, dass ein ganzjähriger Bewuchs des Bodens als Dauerbegrünung stattfindet, [...]

3) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Dortmund die Kultur der Solidarischen Landwirtschaft, der Gemeinschaftsgärten, des „Urban Gardening“ oder vergleichbare Projekte unterstützt?

SPD	CDU	Grüne	Die Linke	FDP	Piraten	Bürgerliste
Zu oft wird vergessen, was für eine starke und lange Tradition die Kleingartenvereine in Dortmund haben. Die gilt es zu bewahren und auszubauen durch mehr Flächen für Gartenvereine. Wir wollen diese und andere Initiativen unterstützen. Konkret wollen wir beispielsweise, dass die städtischen landwirtschaftlichen Flächen besser genutzt werden als offene Biogärten für alle Bürger*innen.	Antwort liegt nicht vor.	Urbane Gärten werden wir in ihren wichtigen gemeinnützigen, sozialen und ökologischen Funktionen stärken. Dazu gehört aber auch die Förderung kleinräumiger, landwirtschaftlich genutzter Flächen wie die Solawi, Kleingärten und Grabeland. Die Beratung und Hilfestellungen für Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekte sollen Bestandteil von Quartiersmanagement sein.	Angesichts der starken Armut in Dortmund kommt den Projekten neben der Umweltfunktion auch eine soziale Funktion zu. Wohnungsgesellschaften und Schulen wollen wir dazu anhalten, gezielt Obstbäume anzupflanzen oder Gemeinschaftsgärten zuzulassen. In Neubaugebieten sollen solche Projekte mit eingeplant werden. Dachflächen können für das Urban Gardening zugänglich gemacht werden. Schulgärten sind zu fördern.	Wir unterstützen die Begrünung von Dächern– inklusive gärtnerischer Nutzung. Hier sind insbesondere auch Möglichkeiten auf städtischen Gebäuden ebenso zu prüfen wie private Projekte des Urban Gardening. Unsere Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt-Ost hat sich zum Beispiel für ein Urban Gardening Projekt im ehemaligen Kronen-Turm ausgesprochen.	Kleingarten- und Grabelandsiedlungen haben Tradition in der Region und sollen erhalten bleiben und gefördert werden. Aber auch urbane Gartenkonzepte von der Patenschaft für eine Baumscheibe bis hin zu Bauprojekten mit in die Gebäude integrierten gemeinschaftlich bewirtschafteten Dach- und Terrassengärten sollen zeigen, dass alles ein Garten sein kann, bis hin zu Vertical Gardening und Hydroponik.	Antwort liegt nicht vor.

3) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Dortmund die Kultur der Solidarischen Landwirtschaft, der Gemeinschaftsgärten, des „Urban Gardening“ oder vergleichbare Projekte unterstützt?

Basisdemokratie Jetzt: Ein Bürger*innen-Rat soll die Nutzung von Flächen behandeln. Die Stadt hat damit die Möglichkeit, weniger Büro- oder Gewerbeflächen auszuschreiben und dafür mehr Gemeinschaftsgärten, Aquaponik, Mietergärten in Siedlungen und Flächen für solidarische Landwirtschaft bereitzustellen. Lokale Institutionen und Akteure wie Urbanisten, Uni, FH u.a. haben Erfahrungen, die wir einbinden werden.

DOS: Kleine und/oder schwer nutzbare Flächen im Städtigentum müssen identifiziert und derartigen Projekten zur Verfügung gestellt werden. Auch Gelder müssen für die Instandsetzung und -haltung zur Verfügung gestellt werden.

FBI: Für die FBI ist Urban Gardening in einer Großstadt wie Dortmund besonders wichtig, sodass die Stadt Dortmund dies und vergleichbare Agrarprojekte durch finanzielle Anreize und organisatorische Hilfen, einen jährlich zu vergebenen Bürgerpreis für Urban Gardening sowie durch die Ausweisung entsprechender Flächen auch in der Bauleitplanung nachhaltig fördern sollte.

Tierschutzpartei: Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz unterstützt die wachsende Bedeutung von Urban Gardening und möchte, dass entsprechende Projekte in Dortmund gezielt gefördert werden. Durch lokale Nahrungsmittelherstellung – ob in privaten Gärten, in solidarischer Landwirtschaft, in Gewächshäusern, auf Hausdächern etc. – und ortsnahem Konsum werden klimaschädliche Transportwege vermindert sowie [...]

4) Werden Sie sich dafür stark machen, dass die Stadt Dortmund dem Beispiel von ca. 50 anderen Städten und Kommunen in Deutschland folgt, auf den Einsatz von Pestiziden, Glyphosat und industriell erzeugten Düngern zu verzichten?

SPD	CDU	Grüne	Die Linke	FDP	Piraten	Bürgerliste
<p>Pachtflächen und Flächen der Stadt Dortmund dürfen jetzt schon nicht mit Klärschlamm und Glyphosat bewirtschaftet werden. In Naturschutzgebieten und auf Ausgleichs- und Ersatzflächen sind synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel verboten. Zudem fördern wir mit der Anlage von Blühstreifen die biologische Vielfalt in der ganzen Stadt. Konkretes Handeln, nicht symbolische Beschlüsse sind gefragt.</p>	<p>Antwort liegt nicht vor.</p>	<p>Das bisher auf städtische Flächen beschränkte Glyphosatverbot, das von den GRÜNEN initiiert wurde, muss auf alle landwirtschaftlichen Flächen ausgeweitet werden.</p>	<p>Der Umweltausschuss hat bereits beschlossen Glyphosat und dessen Ersatzpestizide auf den städtischen Flächen nicht mehr einzusetzen. Größter Glyphosatnutzer ist die Deutsche Bahn. Ein Problem ist der Import von Gülle aus der Massentierhaltung aufgrund des schwachen Bodenschutzes in Deutschland. Hier wollen wir über den Städtetag Druck auf die Bundesregierung zu einer Änderung der Rechtslage aufbauen.</p>	<p>Die zuständigen Ausschüsse der Stadt Dortmund haben über dieses Thema bereits umfassend diskutiert. Wir werden diese Diskussion weiterhin evidenzbasiert begleiten. Dabei sind Pestizide im Blick auf die biologische Vielfalt anders zu betrachten als Dünger.</p>	<p>Ja, wie bereits in der Vergangenheit. In dem Maße, in dem es rechtlich zulässig ist, soll die Stadt Dortmund den Verzicht auf den Einsatz von Umweltgiften in der Landwirtschaft verbindlich vorschreiben. Eine Negativliste und Ausnahmetatbestände sollen gemeinsam mit den Umweltverbänden erarbeitet werden.</p>	<p>Antwort liegt nicht vor.</p>

4) Werden Sie sich dafür stark machen, dass die Stadt Dortmund dem Beispiel von ca. 50 anderen Städten und Kommunen in Deutschland folgt, auf den Einsatz von Pestiziden, Glyphosat und industriell erzeugten Düngern zu verzichten?

Basisdemokratie Jetzt: Ja, denn die Welt wird aktuell nur als Mittel zum Zweck des Profites verstanden. Einer unserer Grundwerte ist Zukunftsorientierung, daher muss unser Ziel sein, die Welt besser zu hinterlassen, als wir sie vorgefunden haben.

Eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen zur Verbesserung von Umwelt und Lebensbedingungen ist nur möglich, wenn alle Auswirkungen des Handels berücksichtigt werden.

DOS: Der Einsatz von Glyphosat ist auf städtisch verpachteten Flächen bereits größtenteils verboten. Dies muss bei Neuverträgen und Vertragsverlängerungen ausgebaut und fortgesetzt werden, auch für andere Gifte.

FBI: Selbstverständlich. Auf ihren eigenen bewirtschafteten Flächen tut die Stadt dies bereits weitgehend und auf Landwirtschaftsflächen, die in einem Landschaftsschutzgebiet liegen, müsste dies verfügt werden.

Tierschutzpartei: Seit dem Dezember 2017 schließt oder verlängert die Stadt Dortmund nur noch Pachtverträge für die landwirtschaftliche Nutzung, wenn sich Landwirt*innen verpflichtet, auf den Einsatz von Glyphosat komplett zu verzichten. Auch setzt die EDG erste Maschinen in der Stadtreinigung auf Heißwasserbasis zur Bekämpfung von Beikräutern ein. Diese Linie gilt es konsequent fortzusetzen und weiter auszubauen! [...]

5) Wie werden Sie sicherstellen, dass rein pflanzliche Gerichte in öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten etc. verpflichtend angeboten werden (siehe die weitergehenden Empfehlungen des Weltklimarates 2019)?

SPD	CDU	Grüne	Die Linke	FDP	Piraten	Bürgerliste
<p>Gesunde Ernährung ist wichtig. Dazu gehört immer eine breite Palette von Gerichten. Wir wollen niemanden die Essgewohnheiten vorschreiben, aber eben eine echte Wahlfreiheit ermöglichen. Das wird ein Thema für die Dortmunder Kinderkommission, die wir einrichten werden – eingebettet in das große Feld der Kindergesundheit.</p>	<p>Antwort liegt nicht vor.</p>	<p>Ein gesundes, abwechslungsreiches und frisches Essen ist unser Ziel – mit Lebensmitteln überwiegend aus der Region und bio. Das haben wir für die städtischen Kitas bereits vor Jahren beantragt.</p>	<p>Wir halten es für selbstverständlich das für Vegetarier und Veganer, aber auch für Allergiker und Menschen mit Glaubensrichtungen, die den Verzehr bestimmter Tierarten verbieten, immer ein geeignetes Angebot erhalten. Für Kitas kämpfen wir darum, dass Nahrung in eigenen Wirtschaftsküchen angeboten wird und nicht vom Caterer. Auch bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln soll auf umweltschädliche [...]</p>	<p>An Schulen und Kindergärten sollte vor allem eine optimale Ernährung von Kindern im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Generell muss es in öffentlichen Einrichtungen stets die Wahl zwischen mehreren Gerichten geben. Wir stehen für Wahlfreiheit statt Bevormundung. Einen Veggie-Zwang lehnen wir ab. Umgekehrt müssen stets Optionen für Vegetarier /innen und Veganer /innen vorhanden sein.</p>	<p>In städtischen Einrichtungen wollen wir nicht nur mindestens ein vollwertiges rein pflanzliches Gericht fest-schreiben, sondern auch die Verwendung in der Region biologisch produzierter Ausgangsprodukte. Obst soll dort an die Stelle von industriell hergestellten Süßigkeiten treten. Auf aufwändig produzierte typische Ersatzprodukte soll zunehmend ersatzlos verzichtet werden.</p>	<p>Antwort liegt nicht vor.</p>

5) Wie werden Sie sicherstellen, dass rein pflanzliche Gerichte in öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten etc. verpflichtend angeboten werden (siehe die weitergehenden Empfehlungen des Weltklimarates 2019)?

Basisdemokratie Jetzt: Wir wünschen uns, dass alle Kantinen wieder rein städtisch sind und dort sichere Arbeitsplätze mit fairen Löhnen entstehen. Damit hat die Stadt eine direkte Einflussmöglichkeit auf das Angebot und die Herkunft der Lebensmittel. Regionale Produkte können ebenso verwendet und beworben werden, wie eine abwechslungsreiche und fleischlose Ernährung.

DOS: Es soll täglich mindestens ein veganes oder vegetarisches Gericht angeboten werden. Das muss so auch von Politik und Verwaltung angeordnet werden, ggf. müssen Gelder zur Verfügung gestellt werden.

FBI: In ihren städtischen Einrichtungen sollte die Stadt ggf. durch Ratsbeschluss dies problemlos durchsetzen können.

Tierschutzpartei: Wir treten dafür ein, dass Nahrungsmittel so naturbelassen wie möglich auf den Markt kommen. Die heute im Übermaß verwendeten chemischen Zusätze verursachen, insbesondere bei Kindern, zunehmend Allergien. Der Katalog an erlaubten chemischen Zusätzen muss deshalb drastisch verringert und Industriezucker vor allem aus der Babynahrung herausgehalten werden. [...]

6) Wie sollte die Stadt Dortmund Initiativen und Bildungsmaßnahmen zum Thema klimaverträglicher Ernährung und Landwirtschaft in Schulen u.a. Bildungseinrichtungen in besonderer Weise unterstützen und fördern?

SPD	CDU	Grüne	Die Linke	FDP	Piraten	Bürgerliste
Bei unseren Verhandlungen über den Europäischen Sozialfonds 2021-2027 haben wir herausgeholt, dass das Bundesumweltministerium hier Bildungsmaßnahmen jetzt (neu) finanzieren kann. Bei der Umsetzung des neuen Bundesprogramms muss das in Dortmund auch besser laufen als beispielsweise beim Digitalpakt. Überschriften gehen schnell, gute Verwaltung ist was ganz anderes.	Antwort liegt nicht vor.	Wir wollen Schulen zum Lernort für Klimaschutz machen und die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken. So sollen Schüler*innen befähigt werden, nachhaltige Entscheidungen zu treffen – gerade auch bei Umwelt- und Klimaschutz. Ein Beitrag dazu ist das auf GRÜNEN Antrag beschlossene Schulgärtenprogramm. Wir wollen vorhandene Schulgärten unterstützen und neue Schulgärten schaffen.	An der Schule sollte das Fach Hauswirtschaftslehre unterrichtet werden - auch in Bezug auf einen ökologischen Konsum, Verbraucherschutz und Medienkompetenz, um Werbung zu hinterfragen. Dabei sollen die Praxisangebote den Blick auf eine ausgewogene und gesunde Ernährung unter ökologischen Aspekten fördern.	Immer mehr Schulen bauen Gemüse an oder imkern Honig. In diesem Rahmen kann Kindern und jungen Menschen das Thema klimaverträgliche Ernährung nahegebracht werden. Wir halten es für sinnvoll, dass die Stadt als Schulträger die Bildungseinrichtungen mit Informationen zu fachlichen Kompetenznetzwerken und zum Abruf von Förderprogrammen besser informiert und unterstützt.	Wir wollen Schul- und Lernküchen in Schulen ebenso etablieren wie auch Schulgärten. Unterrichtsbesuche von qualifizierten Ernährungsberaterinnen und -beratern sowie Exkursionen in landwirtschaftliche Betriebe sollen in den Lehrplan integriert werden. Initiativen wie Gartenvereine sollen im Rahmen von Projektwochen ihr Wissen mit Schülerinnen und Schülern teilen.	Antwort liegt nicht vor.

6) Wie sollte die Stadt Dortmund Initiativen und Bildungsmaßnahmen zum Thema klimaverträglicher Ernährung und Landwirtschaft in Schulen u.a. Bildungseinrichtungen in besonderer Weise unterstützen und fördern?

Basisdemokratie Jetzt: Eine Bildungsrevolution hin zu echter Bildung ist zwar kein kommunales Thema, aber dennoch eines unserer Ziele. Über die mitbestimmte Gestaltung der Lehrpläne wird eine Zusammenarbeit mit Lehrbauernhöfen möglich, Zeit für Schulgärten und Koch-AGs wird frei.

Dortmund kann dies fördern, indem praktische Erfahrungen in Projekten mit Schulen und Bildungseinrichtungen ermöglicht werden.

DOS: Möglichkeiten zur Fortbildung für die Lehrkräfte müssen geschaffen und genutzt werden. Arbeitsgemeinschaften zum Thema müssen auch finanziell gesichert und unterstützt werden. Die Volkshochschule als Pflichtaufgabe der Kommune muss die gesetzliche Finanzierungsbeteiligung des Landes konsequent einfordern.

FBI: Die Stadt kann über die Vereinsförderung derartige Initiativen finanziell unterstützen, kann über ein in den Schulen verteiltes und online gestelltes Ernährungsleitpfaden dafür werben, kann einen Schwerpunkt Ernährung und Landwirtschaft im Jugendumweltpreis festsetzen oder durch einen eigenständigen Preis fördern sowie regelmäßige Besuche von Ernährungsberater*innen in Schulen finanziell ermöglichen.

Tierschutzpartei: Langfristig ist das Bildungsziel „Gesunde Ernährung“ im Lehrplan zu verankern, wofür das Land zuständig ist. Allerdings können bereits auf kommunaler Ebene Veränderungen angestrebt und umgesetzt werden. Die bekannte und in den Lehrbüchern publizierte „Ernährungspyramide“, die immer noch einen großen Teil der Ernährung mit tierischen Produkten empfiehlt. [...]

Angegebene Links zu weiterführenden Informationen

Die Linke: Unser komplettes Wahlprogramm finden Sie unter <https://www.dielinke-dortmund.de/>

FBI – Freie Bürger Initiative Dortmund: Mehr Infos zum FBI-Klimaschutzprogramm auf www.fbi-dortmund.de/Klimaschutz